GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Who cares? : Drei politische Tagungen im März 2014 in Berlin

Pape, Karin

2014

https://doi.org/10.25595/760

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pape, Karin: *Who cares? : Drei politische Tagungen im März 2014 in Berlin*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 32 (2014) Nr: 2, 336-340. DOI: https://doi.org/10.25595/760.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-2014-0219

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

»travelling theory« von einer amerikanischen, »rassifizierten« Version zu einer europäischen Form von Diversity verändert wurde. Nach einem Abriss über die Entstehungsgeschichte der Theorie erklärte sie, dass durch diese das Recht auf »self-naming« für mehrfachdiskriminierte Gruppen erwirkt werden könne. Ein Effekt, den die Anwendung der Theorie verliere, wenn man sie nur im akademisch privilegierten Diskurs und als Top-Down-Strategie von Institutionen zur Entwicklung von Politiken für andere verwende. Das Herrschaftswissen verbleibe damit bei den Privilegierten und die vorherrschenden neoliberalen Formen von Diversity Management in den USA und Diversity Mainstreaming in Europa würden für Unternehmensinteressen nutzbar gemacht. Der Widerspruch finde sich schon in der Terminologie an sich – »Diversity« könne nie »Mainstreaming« sein. Um der Gefahr eines Ansatzes von oben nach unten zu entgehen, müsse von einer »Olympiade der Unterdrückung« abgesehen werden, denn soziale Bewegungen seien immer konkret und lokal, Orte des Widerstandes gegen institutionalisierte Macht. Intersektionalität in ihrer ursprünglichen Form sei ein dynamisches Modell, welches die Verteilung von Macht und Privilegien infrage stelle, und daher nicht von einer privilegierten Sprecher_innenposition auf die »anderen Anderen« angewendet werden könne.

Mit diesem höchst aktuellen Vortrag, der zu lebendiger Diskussion anregte, endete die Festtagung, die durch ihre Mischung aus familiärer Atmosphäre und großer Professionalität bestach. Es scheint, dass sich darin die Persönlichkeit von Ilse Lenz als Wissenschaftlerin und Mensch sehr gut widerspiegelte.

Karin Pape

Who cares?[1]

Drei politische Tagungen im März 2014 in Berlin

In der Woche vom 10.–16. März 2014 konnte man den Eindruck gewinnen, dass ganz Berlin die Politik der Sorgeverhältnisse diskutierte. Zu einer solchen Diskussion hatten immerhin drei politische Stiftungen dorthin eingeladen: Bei der Heinrich Böll-Stiftung wurde vom 10.–11. März zum Thema »Deutschland im Pflegenotstand. Perspektiven und Probleme der Care Migration« diskutiert. Bei der Friedrich-Ebert Stiftung ging es im Rahmen der internationalen Themenwoche »Zeit für Gerechtigkeit!« am 12. März um »Organizing in the informal economy« und um die ILO Konvention 189 im Zusammenhang mit der Lage der Hausangestellten in deutschen Altershaushalten und am 13. März um die Frage »Der Privathaushalt als Arbeitsplatz – Prekär und ungeschützt?«. Zum Ende der Woche, vom 14.–15. März, hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Kongress zum Thema »Care Revolution« organisiert. Ein Zufall? Sicher hatten die

[1] Titel einer Ausstellung des Deutschen Frauenrates: (http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/aktionen/wanderausstellung-who-cares-sorgeaberufe.html)

Stiftungen sich diesbezüglich untereinander nicht abgesprochen. Aber dass dieses Thema in einer Woche »geballt« bei den politischen Stiftungen verhandelt wurde, ist nicht zufällig, sondern ein Hinweis darauf, welche Dringlichkeit ihm auf der politischen Agenda zukommt.

Die Probleme im Hinblick auf Langzeitpflege für pflegebedürftige alte Menschen sind hinlänglich bekannt: Die Anzahl der Pflegebedürftigen (nicht nur) in Deutschland steigt und wird noch erheblich anwachsen; das Erwerbspersonenpotential ist demgegenüber rückläufig. Während es derzeit ca. 2,5 Millionen Pflegebedürftige gibt, werden es nach Schätzungen von Wolfgang Rothgang (Universität Bremen) auf der Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung im Jahre 2015 ca. 4,5 Millionen sein. Bis 2030 wird demnach das Erwerbspersonenpotential um 15% sinken, bis 2060 um gut 30%. Obgleich nach wie vor ca. 70% aller Pflegebedürftigen zu Hause, im Wesentlichen von weiblichen Familienmitgliedern, gepflegt werden, zeichnet sich eine Versorgungslücke ab. Sowohl die höhere Frauenerwerbsquote, als auch ein höherer Anteil an Einpersonenhaushalten, größere Mobilität und rückläufige Kinderzahl seien hier nur als Schlagworte genannt. Weibliche Familienmitglieder sind nicht mehr in der Lage, ihr Leben mit den hohen Anforderungen der Pflege von Familienangehörigen in Einklang zu bringen – und viele wollen diese Bürde auch nicht mehr alleine tragen. Das bedeutet, dass die Nachfrage nach bezahlter, beruflicher Pflege ansteigen wird. Wolfgang Rothgang vermutet mindestens eine Verdoppelung der Nachfrage nach bezahlter Pflege bis zum Jahre 2050.

Im öffentlichen und im wissenschaftlichen Diskurs werden die verschiedenen Problemdimensionen des »demographischen Wandels« oft separat diskutiert: Es geht z.B. um die Überforderung von pflegenden Familien oder um die mangelnden Ressourcen sowohl für die ambulante als auch die private häusliche Pflege, oder um die Qualität der beruflichen Pflege aufgrund des Kostendrucks; oder es wird die Situation nicht dokumentierter Migrantinnen thematisiert, die ohne Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis in deutschen Haushalten putzen und pflegen. Selten gibt es den Versuch, all diese Facetten einer alternden Gesellschaft in einen Gesamtzusammenhang zu stellen. Genau diesen Versuch haben aber alle Veranstaltungen in Berlin in der einen oder anderen Form unternommen, wobei der Kongress der Rosa-Luxemburg Stiftung sich nicht nur auf die Sorge für die Betagten beschränkte, sondern auch andere hilfsbedürftige Gruppen, wie z.B. Kranke und Behinderte mit in den Blick nahm.

Die Veranstaltung der Heinrich Böll-Stiftung war als Fachtagung organisiert. Die Internationale Föderation der Hausangestellten (International Domestic Workers Federation, IDWF) war Mitorganisatorin der Tagung. Ich habe an der Veranstaltung als Europa-Koordinatorin des IDWF teilgenommen. Für uns in der IDWF ist die Debatte um »care« im Sinne von Pflegeleistungen im engeren Sinne neu und das nicht nur, weil wir eine junge Organisation sind, sondern weil es für die Hausangestellten des globalen Südens in den meisten Fällen eine Trennung zwischen Putzen, Waschen, Kinderbetreuung und Altenpflege nicht gibt. Im globalen Norden bewegt sich die Debatte je nach sozialstaatlichem Kontext anders, je nachdem, ob es eine institutionalisierte Kinderbetreuung oder Leistungen für alte Pflegebedürftige (oder auch Behinderte) gibt. In Deutschland dreht sich die Debatte gegenwärtig hauptsächlich um die sogenannte 24-Stundenpflege für alte Pflegebedürftige, bei der Hausangestellte im Haushalt der Pflegebedürftigen woh-

nen. Meist geht es hier um Haushalte von »Besserverdienenden«, denn auch eine schlecht bezahlte, nicht abgesicherte, also informell arbeitende Pflegerin muss der/die Pflegebedürftige bzw. die Familie sich leisten können (so Elke Tießler Marenda, Caritas, auf der Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung). Die häusliche Rund-um-die-Uhr-Versorgung der Betagten in Haushalten mit niedrigen Einkommen ist bisher nicht im Fokus der öffentlichen Debatte; hier müssen pflegende Angehörige mit dem je nach Pflegestufe gezahlten Pflegegeld auskommen oder die Pflege als unbezahlte Arbeit gänzlich selbst übernehmen. Im globalen Süden ist es demgegenüber bis in ärmere Schichten hinein »normal« eine Hausangestellte zu haben, darunter sind trotz des internationalen Verbots der Kinderarbeit, viele Kinder. Die Ärmsten der Armen sind aber auch dort gänzlich auf das Netz der Familie angewiesen.

Was wir als IDWF derzeit zu der Debatte beitragen können, ist, zu zeigen, wie die Arbeitsbedingungen von Hausangestellten global aussehen und wie sie aussehen sollten. Als Referenzgröße für gute Arbeit in Privathaushalten, sowohl im globalen Norden als auch im Süden, gilt für uns das ILO Übereinkommen 189,[2] das 2011 unter Mitwirkung vieler Organisationen von Hausangestellten verabschiedet und u. a. von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Auf den beiden o. g. Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde dieser Aspekt diskutiert. Im Zusammenhang mit den gleitenden Übergängen von hauswirtschaftlicher Unterstützung und Pflege ging es um gute Beschäftigungsbedingungen im Privathaushalt bei gleichzeitiger Gewährleistung von Qualität und Professionalität. In der Diskussion zwischen Andrea von der Malsburg (Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung), Hilde Mattheis (MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion), Anne Frisius (Filmemacherin) und Herbert Weisbrod-Frey (Leiter des Bereichs Gesundheitspolitik Ver.di) wurde deutlich, dass es noch erheblichen Koordinierungs- und Handlungsbedarf zwischen Politik, Gewerkschaften, Fachverbänden und Betroffenen gibt. Die Organisation von Pflege im Privathaushalt ist komplex. Die Grenzen von hauswirtschaftlichen und pflegenden bis hin zu medizinischen Dienstleistungen zum Beispiel sind fließend, insbesondere wenn sie informell erbracht werden. Die privaten Haushalte verstehen sich oft nicht als »Arbeitgeber« und deshalb werden dann weder Arbeits- noch Pflegestandards eingehalten. Ein umfassendes gesellschaftspolitisches Konzept, das alle Akteure und verschiedenen Interessen in einem für alle akzeptablen Rahmen berücksichtigt, ist bisher nicht zu erkennen.

Die zunehmende Bedeutung des Privathaushalts als Teil des Arbeitsmarktes ist aber nur ein Aspekt im Zusammenhang mit der Versorgung älterer hilfsbedürftiger Menschen. In einer Gesellschaft des langen Lebens, die auch danach fragt, wie wir leben wollen, rückt auch nicht-bezahlte Arbeit in den Fokus. Viele alte Menschen wollen möglichst lange zu Hause leben, und eine nicht unerhebliche Anzahl von Familienangehörigen ist bereit, Betreuungs-und Pflegeleistungen zu

[2] Auf eine detaillierte Darstellung des ILO Übereinkommens soll hier verzichtet werden. Vgl. dazu auch die Beiträge von Eva Senghaas-Knobloch in Feministische Studien 1/2012 und 2/2013. Der Text des Übereinkommens und der Empfehlung kann eingesehen werden unter: http://www.ilo.org/travail/whatwedo/publications/WCMS_170438/lang--en/index.htm. Eine Kurzzusammenfassung findet sich hier: Convention No. 189 – Questions and answers: http://www.ilo.org/travail/whatwedo/publications/WCMS_161104/lang--en/index.htm

übernehmen. Dies erfordert allerdings eine kulturelle Veränderung, ähnlich wie sich die Sichtweise bezüglich der Kindererziehung in den letzten Jahrzehnten verändert hat, wie Thomas Klie (Evangelische Hochschule Freiburg) auf der Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung argumentierte. Es geht um gesellschaftliche Integrationskonzepte, die solidarische Lösungen in den Blick nehmen; dazu gehören beispielsweise die Förderung und Bereitschaft von Unterstützungs- und Pflegeleistungen, und zwar unabhängig davon, ob in der eigenen Familie dieser Bedarf entsteht (so Helma Lutz auf der Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung). Dazu gehört z. B. auch eine zeitweilige, aber ausreichende, bezahlte Freistellung von der Lohnarbeit für Männer und Frauen, die diese gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten wollen, über die gegenwärtig geltenden Regelungen hinaus.

Die Rosa-Luxemburg Stiftung hat versucht, die Vielfalt der vorhandenen Initiativen und Gruppen zusammen zu bringen und damit die Vielschichtigkeit der Problemlagen in den Blick zu nehmen. Streikende von der Charité waren bei dieser Konferenz ebenso anwesend wie der Begründer von »Nicos Farm e. V.«, der für Familien mit behinderten Kindern eine alternative Lebensform mitbegründet hat. Das »Tagespflegekollektiv der Kommune Niederkaufungen« berichtete eindrucksvoll darüber, wie menschenwürdiges Pflegen und Arbeiten schon im »Hier und Jetzt« organisiert werden kann. Von der Gruppe »Armut durch Pflege«, eine Selbstorganisation pflegender Angehöriger, wurde ein Video gezeigt, weil die Gruppenmitglieder mangels Pflegevertretung nicht zur Konferenz kommen konnten. Das »Denknetz«[3] der Schweiz kam mit ausländischen Rund-um-die-Uhr-Pflegekräften, die mit Hilfe der Gewerkschaften erfolgreich die Nachzahlung von Löhnen gerichtlich erstritten hatten.

Die Konferenz war nicht auf der Grundlage einer bestimmten Zielrichtung organisiert. Vielmehr bestand das Selbstverständnis der Organisator_innen darin, eine Plattform für einen gemeinsamen Austausch und eine bessere Vernetzung der einzelnen teilnehmenden Gruppen zu gewährleisten. Dass hier einem realen Bedürfnis entsprochen wurde, zeigt sich darin, dass die Zahl der Teilnehmenden alle Erwartungen übertraf: Es waren am Ende ca. 500 Menschen, die an der Konferenz teilnahmen.

Trotz des offen gestalteten Rahmens, endete die Konferenz mit einer Abschlusserklärung, in der die bestehenden Gemeinsamkeiten fest gehalten wurden. Einigkeit bestand darin, dass die »Kapitalistischen Verhältnisse … Einfluss (haben) auf Sorge und Fürsorge« und dass »Ihre (die Sorgearbeit) Ökononmisierung … gestoppt werden (muss).« Die Menschen und ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten sollen im Zentrum stehen und nicht ihre Verwertbarkeit für den Markt. Das »Wie« bleibt dennoch etwas vage und reduziert sich darauf dass »neue Modelle sozialer Infrastrukturen« zu entwickeln seien, »in denen der gesellschaftliche Reichtum in demokratischen Verfahren so eingesetzt werden kann, dass die Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen und Individuen berücksichtigt sind.«

Der demographische Wandel ist kein deutsches Phänomen und auch keines des globalen Nordens. Im Gegenteil: schon heute lebt die Mehrheit der älteren Menschen in den Ländern des Südens, besonders in Asien (Japan und China). Im Jahr 2050 werden drei Viertel aller Menschen über sechzig sein. Auf ausländische Pflegekräfte aus dem Süden für den globalen Norden zu setzen, scheint da keine geeig-

[3] http://www.denknetz-online.ch/

nete Lösung. Die internationale Arbeitsorganisation hat sich 2013 auf der internationalen Arbeitskonferenz mit Fragen der Beschäftigung und sozialen Sicherung im neuen demographischen Kontext beschäftigt. In der tripartiten Abschlusserklärung[4] wurde die ILO aufgefordert, bestehende Forschungsergebnisse zusammen zu tragen und eine eigene Agenda für Forschungsbedarf zu entwickeln. Das war der Minimalkonsens zwischen Regierungen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Politische Handlungsempfehlungen wurden sehr generell und vage formuliert und orientierten sich an bereits bestehenden gemeinsamen Erklärungen.

Trotz der unterschiedlichen politischen Grundorientierungen der o. g. politischen Stiftungen, war m. E. bei den Tagungen zu erkennen, dass das neo-liberale Konzept, der Markt könne auch gesellschaftliche Probleme am besten regeln, nicht oder nicht mehr akzeptiert wird. Es gab in den Veranstaltungen einen unausgesprochenen Konsens darüber, dass der Politik die Verantwortung zukommt, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass jede(r) Bürger(in) ein Leben in Würde führen kann, unabhängig von Einkommen und Vermögensverhältnissen. Darüber hinaus bestand Einigkeit darüber, dass die Sorgearbeit eine gesellschaftliche Aufgabe ist und nicht in den »natürlichen« Zuständigkeitsbereich von Frauen gehört. Soziale Veränderungen in einem bestehenden Gesellschaftssystem sind lange Prozesse und es wird noch einige Diskussionen und politischen Druck benötigen, bevor konkrete Strategien entwickelt und dann auch umgesetzt werden. Die Frage wird sein, ob die Kräfte, die für eine »Rückkehr des Sozialen in die Politik«[5] stehen, ausreichen, um den Wettlauf gegenüber der immer noch wachsenden Versorgungslücke in der Sorgearbeit zu gewinnen.

[4] Resolution concerning employment and social protection in the new demographic context: http://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/102/texts-adopted/WCMS_223784/lang--en/index.htm

[5] Titel einer gemeinsamen Veranstaltung der Diakonie Deutschland, Verdi, der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) und der Hans-Böckler-Stiftung am 11. April 2014 in Berlin